

# Minister zieht die Geldkarte

EINKOMMEN Von der brummenden Wirtschaft sollen auch die Beschäftigten profitieren, fordert Rainer Brüderle. Die Tarifparteien sprechen von Einmischung.

VON JULIA REINARD

**HALLE/BERLIN/MZ** - Ein Mann sorgt für Wirbel: Der liberale Wirtschaftsminister Rainer Brüderle hat sich für höhere Löhne ausgesprochen: "Wenn die Wirtschaft boomt, sind auch kräftige Lohnerhöhungen möglich", sagte der FDP-Politiker dem "Hamburger Abendblatt". Er nannte den Tarifabschluss in der Stahlindustrie als Vorbild, nach dem die Arbeitnehmer 3,6 Prozent mehr Lohn erhalten. Damit rief er erst einmal die Kritiker auf den Plan. Sowohl Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt als auch der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Michael Sommer, betonten, über höhere Entgelte verhandelten und entschieden allein die Tarifpartner.

***"Die Arbeitnehmer sind jetzt am Zug."***

***Udo Gebhardt***

***Landesvorsitzender des DGB***

Der gleiche Tenor in Sachsen-Anhalt: "Tarifverhandlungen gehen die Politik nichts an", sagte Udo Gebhardt, der Landesvorsitzende des DGB Sachsen-Anhalt. Klemens Gutmann, Präsident der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände empörte sich ebenfalls: "Die Politik soll sich aus den Verhandlungen raushalten", mahnte er und geißelte Brüderles Forderung als "unqualifizierte Äußerung".

Die Einigkeit zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden endet jedoch an diesem Punkt. Gebhardt vom DGB betrachtet Brüderles Forderung nämlich zudem als "richtiges Zeichen": "Die Arbeitnehmer haben während der letzten zwei Jahre zurücksteckt - jetzt sind sie am Zug." Er erwarte einen "kräftigen Zuwachs" bei den Löhnen. Jörg Förster, Pressesprecher der Dienstleistungsgesellschaft Verdi, sieht das genauso: "Die Lohnzurückhaltung muss ein Ende haben, die Realeinkommen müssen steigen."

Gutmann kann die Aussagen der Arbeitnehmervertreter verstehen, sei es doch Aufgabe von Gewerkschaften, mehr Lohn zu fordern. Dennoch wolle er sich nicht über anstehende Verhandlungen äußern. Insbesondere Brüderles Vorschlag, den hohen Abschluss der Stahlindustrie zum Vorbild zu machen, hielt er für "völlig unzeitgemäß". Schließlich habe sich die Konjunktur in den Branchen sehr unterschiedlich entwickelt. So legte der IT-Bereich trotz Krise sogar zu, während beispielsweise das Zuliefer-Gewerbe enorm zu kämpfen hatte. Wegen dieser Entwicklungen wollte Gutmann auch keine Prognosen über zu erwartende Tarifabschlüsse abgeben.

In Sachsen-Anhalt werden Lohnhöhe und Abwanderung immer wieder aneinander gekoppelt. So sagte Landesentwicklungsminister Karl-Heinz Daehre (CDU) Anfang des Jahres, Jobs müssten "vernünftig bezahlt sein", damit die Menschen im Land blieben. Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) blies im Interview mit der MZ ins gleiche Horn: Er könne verstehen, wenn Leute wegen des Tarifgefälles weggingen. Verringere sich die Lohndifferenz, hätten sie keinen Grund mehr, das Land zu verlassen. Die Tarifparteien sehen zwar einen Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Abwanderung, betonen aber, höherer Lohn allein genüge nicht.

Unterdessen haben die Tarifparteien in der ostdeutschen Stahlbranche mit rund 8 000 Beschäftigten den Tarifabschluss aus dem Nordwesten übernommen.